

Linke zeigt kaum Sympathien für Couchepins AHV-Idee

Der Vorschlag, das Rentenalter nach Einkommen abzustufen, tönt besser als er ist. Die meisten müssten nämlich länger arbeiten als heute. Deshalb ist die Linke kategorisch dagegen.

Von **Andrea Fischer**

Bundesrat Pascal Couchepin gibt sich sozial. In der Diskussion um die Altersvorsorge macht er sich seit einiger Zeit für ein Rentenalter stark, das nach Einkommen abgestuft ist. Im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» sagte Couchepin unlängst: Die «Reichen» müssten länger arbeiten bis zur AHV-Rente. Sie sollten ein Opfer bringen, damit Leute mit kleinen Einkommen ohne Rentenkürzung vorzeitig in Pension gehen können (TA vom 10. 12. 2004).

Auf den ersten Blick kommt der Sozialminister damit der Linken entgegen, die schon seit Jahren eine soziale Flexibilisierung in der AHV fordert. Grundsätzlich stösst die Idee dort auch auf Zustimmung. SP-Vizepräsidentin Ursula Wyss findet es «positiv, die kleinen Einkommen beim vorzeitigen Altersrücktritt zu begünstigen». Auch für Gewerkschafter Martin Flügel von Travail Suisse bietet das Modell gute Ansätze.

«Reich» mit 60 000 Franken Lohn

Doch weiter geht die Sympathie für den Vorschlag nicht. Der Grund: Couchepin koppelt seine Flexibilisierungsidee an die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, und das lehnt die Linke kategorisch ab. Sie

wirft dem Bundesrat vor, es gehe ihm gar nicht um die Flexibilisierung, denn von seinem Frühpensionierungs-Modell könnten nur ganz wenige profitieren. Die meisten müssten länger arbeiten als heute.

Tatsächlich: Ein internes Papier des Bundesamtes für Sozialversicherungen stützt die Argumentation der Linken. Darin wird der Vorschlag Couchepins und seine Auswirkungen berechnet. Von einer vorzeitigen Pensionierung bei ungekürzter Rente könnten demnach all jene profitieren, die im Schnitt höchstens 40 000 Franken verdienen. Wer einen höheren Lohn hat, bekäme die volle Rente auch in Zukunft erst mit 65. Als «reich» gemäss Couchepin gilt, wer mehr als 60 000 Franken Jahreseinkommen erzielt. Diese Kategorie müsste bis mindestens 67 arbeiten.

Dass das Modell einen Schönheitsfehler hat, weil es auch Teilzeit Arbeitende favorisiert, die nicht unbedingt auf eine Frühpensionierung angewiesen sind, dessen sind sich die Fachleute im Bundesamt bewusst. Sie selbst schlagen deshalb vor, die Kriterien weiter zu untersuchen.

Am meisten stört sich die Linke jedoch daran, dass diese Flexibilisierungsvariante unter dem Strich massive Einsparungen von über einer Milliarde Franken bringt. «Die Finanzierungsprobleme in der AHV und die Flexibilisierung darf man nicht miteinander vermischen», sagt Gewerkschafter Flügel. Es gebe in der Bevölkerung ein breites Bedürfnis nach einem flexiblen Rentenalter. Dem müsse man Rechnung tragen. Die Frage der Finanzierung sei aber anderweitig zu regeln. Für Colette

Nova vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist klar: «Eine Flexibilisierung, die zu Einsparungen führt, kann gar nicht sozial sein.»

Ist damit die Diskussion über das nach Einkommen abgestufte Rentenalter bereits gestorben, bevor sie richtig begonnen hat? Klar ist: Seit der Abstimmung über die II. AHV-Revision fühlen sich SP und Gewerkschaften in ihrer Forderung nach einer sozialen Frühpensionierung bestärkt. Bevor man aber über einzelne Modelle diskutiere, müsse man sich grundsätzlich einigen, wer von der Flexibilisierung profitieren soll, sagt der Walliser SP-Nationalrat Stéphane Rossini. Schon jetzt wird deutlich, dass die Linke jedes Modell ablehnt, das nur auf ein einziges Kriterium wie das Einkommen abstellt. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Flexibilisierung Einsparungen in der IV und der Arbeitslosen-

versicherung bringe. Diese Aspekte seien in Pascal Couchepins Modell völlig untergegangen.

Nach der Ablehnung von Couchepins Idee durch die Arbeitgeber und nun auch durch die Linke ist es fraglich, ob der Sozialminister seinen Fahrplan durchziehen und neue AHV-Vorschläge bereits in wenigen Monaten in die Vernehmlassung schicken kann. Diese Eile sei auch gar nicht nötig, findet der Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner und wird dabei von seiner FDP-Kollegin Christine Egerszegi unterstützt. Die grossen finanziellen Probleme stünden derzeit nicht in der AHV, sondern in der IV an. Weshalb man zuerst diese sanieren müsse.

Von Couchepins Flexibilisierungsmodell könnten nur wenige profitieren.